Bundesblatt

108. Jahrgang

Bern, den 26. April 1956

Band I

*Erscheint wöchentlich. Preis 30 Franken im Jahr, 16 Franken im Halbjahr zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern*

7145

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung der geänderten Verfassung des Kantons Waadt

(Vom 13. April 1956)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

In der Volksabstimmung vom 3./4. März 1956 haben die Stimmberechtigten des Kantons Waadt einem Dekret des Grossen Rates vom 24. Mai 1954 über die Abänderung des Artikels 19 der Kantonsverfassung (öffentliche Abgaben) zugestimmt.

Mit Schreiben vom 20. März 1956 suchte der Staatsrat des Kantons Waadt um die eidgenössische Gewährleistung der revidierten Verfassungsbestimmung nach.

Die bisherigen und die neuen Bestimmungen lauten (Übersetzung):

Bisheriger Text

Art. 19

Die öffentlichen Abgaben werden zugunsten des allgemeinen Wohls eingeführt.

Es wird eine direkte Steuer auf dem vereinigten beweglichen und unbeweglichen Vermögen erhoben, sowie

Bundesblatt. 108. Jahrg. Bd. I.

Neuer Text

Art. 19

Die öffentlichen Abgaben werden zugunsten des allgemeinen Wohls eingeführt.

Die Steuern können nur durch Gesetz angeordnet werden; dieses bestimmt das Objekt und die Modalität

64

Bisheriger Text

getrennt davon, auf dem Arbeitserwerb.

Das Grundeigentum wird nur für einen Bruchteil seiner amtlichen Schätzung besteuert. Dieser Bruchteil, der 80 Prozent nicht überschreiten darf, wird durch Gesetz bestimmt.

Der Arbeitserwerb wird zu dem durch Gesetz zu bestimmenden Ansatz kapitalisiert und für die Hälfte des so erhaltenen Kapitals besteuert.

Der Schuldenabzug wird durch Gesetz geregelt.

Die Steuer ist progressiv. Das Gesetz setzt die Skala des Steuerfusses und die Klassen fest.

Das Gesetz soll in billiger Weise ein Existenzminimum festlegen und den Familienlasten Rechnung tragen.

Das Gesetz stellt die Vorschriften über die Anwendung und die Modalitäten der verschiedenen Steuern auf.

Der Steueransatz wird jedes Jahr festgesetzt.

Neuer Text

täten entsprechend den wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten der Steuerpflichtigen.

Die Steuer auf dem gesamten Reineinkommen und die Ergänzungssteuer auf dem Reinvermögen sind progressiv; sie tragen den Familienlasten Rechnung.

Die Änderung des Artikels 19 bezweckt, eine Steuer auf dem gesamten Einkommen mit Ergänzungssteuer auf dem Vermögen einzuführen und damit die kantonale und kommunale Fiskallast besser der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen anzupassen. Die Unzukömmlichkeiten, welche in der heutigen Wirtschaftsordnung einer getrennten Besteuerung der Einkommen aus Vermögen und Erwerb anhaften, können so ausgeschaltet werden. Ferner soll die neue Fassung des Artikels 19 dem Kanton Waadt ermöglichen, eine angemessene, genügend geschmeidige, in anderen Kantonen erprobte und von der modernen Doktrin anerkannte Fiskalgesetzgebung anzunehmen. Gleichzeitig wird diese Revision eine Vereinfachung der Steuererklärungen und der Taxation gestatten, da die der Bundessteuer und der Steuer der benachbarten Kantone ähnlichen Grundsätze übernommen werden.

Diese Änderung der Verfassung des Kantons Waadt beschlägt nur das kantonale öffentliche Recht und widerspricht dem Bundesrecht nicht. Wir beantragen Ihnen daher, ihr durch Annahme des beiliegenden Beschlussesentwurfs die Gewährleistung des Bundes zu erteilen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, den 13. April 1956.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Vizepräsident:

Streuli

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

(Entwurf)

Bundesbeschluss

über

die Gewährleistung der geänderten Verfassung des Kantons Waadt

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Anwendung des Artikels 6 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 13. April 1956,
in Erwägung, dass die abgeänderte Verfassungsbestimmung nichts enthält,
das der Bundesverfassung widerspricht,

beschliesst:

Art. 1

Der in der Volksabstimmung vom 3./4. März 1956 beschlossenen Änderung des Artikels 19 der Verfassung des Kantons Waadt wird die Gewährleistung des Bundes erteilt.

Art. 2

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung der geänderten Verfassung des Kantons Waadt (Vom 13. April 1956)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1956
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	17
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	7145
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.04.1956
Date	
Data	
Seite	901-903
Page	
Pagina	
Ref. No	10 039 384

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.